Schleswig-Holsteinischer Landtag Umdruck 19/1441

Herrn Ole Schmidt Geschäftsführer des Bildungsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags Landeshaus Düsternbrooker Weg 70 24105 Kiel



Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD Schleswig-Holstein Kleiner Kuhberg 28-30 24105 Kiel

Dr. Elke Krüger-Krapoth Landesvorsitzende mail@afb-sh.de

Ihr Zeichen/ Ihre Nachricht vom 21.09.2018

Unser Zeichen/ Unsere Nachricht vom AfB SH vom 15.10.2018

Durchwahl +49 (0) 4621 - 37984

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Lehrkräftebildungsgesetzes Schleswig-Holstein und Anpassung besoldungsrechtlicher Vorschriften (Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/848)

Sehr geehrter Herr Schmidt,

mit einer E-Mail vom 21.09.2018 erhält die AG für Bildung SH (AfB) die Gelegenheit, eine schriftliche Stellungnahme zur Änderung des Lehrkräftebildungsgesetzes (LehrBG) abzugeben.

Wir danken für diese Möglichkeit und nehmen zur Rückkehr zur schulartbezogenen Lehramtsamtsausbildung und der damit erfolgenden Abschaffung des Sekundarschullehramts wie folgt Stellung.

Mit freundlichem Gruß

Dr. Elke Krüger-Krapoth Landesvorsitzende der AfB Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung der SPD Schleswig-Holstein betrachtet die Änderung einer stufengebundenen in eine schulartgebundene Lehrkräftebildung, wie sie in der vorliegenden Entwurfsform des LehrBG beschrieben wird, als kontraproduktiv und spricht sich folglich gegen den betreffenden Anteil des Gesetzentwurfes aus.

Begründung:

Bildungspolitik braucht Kontinuität und einen klaren Kurs. Derzeitig gehäuft auftretende strukturelle Änderungen von Gesetzen und Verordnungen tragen unseres Erachtens nicht zu einer Weiterentwicklung und Qualitätssteigerung der Schleswig-Holsteinischen Bildungspolitik bei, sondern bewirken das diametrale Gegenteil.

Das 2014 von der Küstenkoalition verabschiedete LehrBG war auf das aktuelle zweisäulige Schulsystem Schleswig-Holsteins passgenau zugeschnitten, sodass wir eine Rückabwicklung der erreichten Fortschritte als nicht nachvollziehbar und obsolet erachten. Die vorgesehenen Änderungen hätten unseres Erachtens entsprechend nicht die Wirkung, die Lehrkräftebildung an das aktuelle Zwei-Säulen-Modell anzupassen. Das Gegenteil ist der Fall. Sowohl die Gemeinschaftsschulen als auch die Gymnasien führen zum Abitur. Wenn beide Schularten weiterhin die gleichen Abschlussmöglichkeiten zum Ziel haben sollen, muss auch weiterhin eine entsprechende Qualifizierung der Lehrkräfte stattfinden – zumal auch an Gemeinschaftsschulen in der Sekundarstufe I der gymnasiale Bildungsgang Teil der Lehrkräftebildung ist. Folglich muss dieser Sekundarstufe II Anteil wesentliche Komponente der Lehrkräfteausbildung für Gemeinschaftsschullehrkräfte bleiben.

Auch angesichts des besorgniserregenden Lehrermangels, der von Lehrerverbänden als progressiv prognostiziert wird, betrachten wir die vorgeschlagenen Änderungen als nicht ratsam. Der Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK) spricht sich in diesem Zusammenhang dafür aus, Lehrkräfte nicht mehr nach Schularten auszubilden (DPA-Interview 09.08.2018).

Wir erachten die aktuell bestehende gemeinsame Lehrkräftebildung als unerlässlich, um dem Bedarf an Lehrer_innen für die Sekundarstufe II an den Gemeinschaftsschulen nachkommen zu können. Um eine individuelle, chancengleiche Förderung und Forderung der Schüler zu ermöglichen, bedarf es zudem auch an den Gemeinschaftsschulen ohne eigene Oberstufe Lehrkräfte mit einer Unterrichtsbefähigung für die Sekundarstufe II. Ohne eine weiterhin passgenaue Lehrkräfteausbildung würde es folglich komplex werden, die Schüler_innen bestmöglich auf ihre Abschlüsse vorzubereiten und eine bessere Durchlässigkeit unseres Schulsystems aufrechtzuerhalten und zu verbessern.

Dem Bekenntnis zur hundertprozentigen Unterrichtsversorgung wären die von der Landesregierung vorgeschlagenen Änderungen aus unserer Sicht ebenso nicht zuträglich.

Weiterhin sollte in punkto Lehrkräftegewinnung und -qualifizierung über eine Ein-Fach-Lehr-kräfte-Ausbildung insbesondere in Mangelfächern und lehramtsrelevanten Studienfächern mit hohen Studienabbruchsquoten, wie Mathematik und Informatik, nachgedacht werden.